



Petition 143055

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) - Modifizierungen hinsichtlich des geplanten "Deutschlandtickets" (49-Euro-Ticket)

Text der Petition	<p>Mit der Petition wird gefordert, dass das geplante 49-Euro-Ticket ("Deutschlandticket")</p> <ul style="list-style-type: none">- digital und analog (in Papierform),- auch als flexibles Monatsabo (mit einer Gültigkeit von nur 31 Tagen) und- als Ermäßigungstarif <p>angeboten werden soll.</p>
Begründung	<p>Zu 1. Die Festlegung ausschließlich auf ein digitales Angebot ist ungerecht und stellt eine Zugangshürde dar. Sie schließt ohne nachvollziehbare Begründung Personen aus, die kein Mobilfunkgerät haben. Damit wird der Zugang zu diesem Angebot unnötig erschwert/behindert. Die Einschränkung ist auch technisch nicht begründbar. Stattdessen soll es beim Erwerb auch die Möglichkeit geben, einen Papierausdruck zu erhalten (analog Corona-Impfnachweise). Dazu gibt es bereits die ausgereifte und im Alltag problemlos verfügbare und datenschutzkonforme Lösung der CovPass-App (siehe auch das Arbeitspapier von Daniel Herfurth).</p> <p>Zu 2.: Der ausschließliche Verkauf als Jahresabonnement mit monatlich kündbaren Gültigkeit verursacht bei den Unternehmen einen enormen (vermeidbaren!) Mehraufwand in Verwaltung, bei Abrechnung und ggf. Rückerstattung der Abonnements. Es gibt dafür keinen nachvollziehbaren Grund. Dieser Zwang stellt auch eine Zugangshürde für Menschen dar, die auf Grund ihrer ganz persönlichen Mobilität von vornherein kein Jahresabo haben möchten (z. B. wenn öffentliche Verkehrsmittel nur zeitweise genutzt werden, Rentner mit geringerer Mobilität, Touristen, Teilnehmende an Fahrgemeinschaften). Zudem sollte das Monatsabonnement nicht fest den Gültigkeitszeitraum vom 1. bis 30./31. des Monats umfassen, sondern für 31 Tage ab Entwertung/erstmaliger Nutzung gelten.</p> <p>Zu 3.: Ein Ermäßigungstarif soll die Einkommenssituation der Kunden berücksichtigen (Empfänger von Transferleistungen) und sich an den aktuellen anteiligen Regelbedarfssätzen für das Bürgergeld für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel orientieren. Ferner ist der Berechtigtenkreis für den Ermäßigungstarif auf alle Personen bis 18 Jahre und Studierende (ohne Altersbeschränkung) auszuweiten.</p>